



2017/2278(INI)

20.3.2018

STANDPUNKT IN FORM VON ÄNDERUNGSANTRÄGEN

des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

für den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

zum Strategiepaket für die Vergabe öffentlicher Aufträge
(2017/2278(INI))

PA_Legam

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ersucht den federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, folgende Änderungsanträge zu berücksichtigen:

Änderungsantrag 1 **Entwurf eines Entschließungsantrags** **Bezugsvermerk 9 a (neu)**

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

– *unter Hinweis darauf, dass die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge ein freiwilliges Instrument ist,*

Änderungsantrag 2 **Entwurf eines Entschließungsantrags** **Erwägung B a (neu)**

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

Ba. in der Erwägung, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge ein strategisches Werkzeug für die Verwirklichung der Ziele der EU im Bereich des umweltverträglichen und von sozialer Inklusion geprägten Wachstums ist;

Änderungsantrag 3 **Entwurf eines Entschließungsantrags** **Erwägung C a (neu)**

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

Ca. in der Erwägung, dass bei der Umsetzung der Vorschriften der EU über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen die vollständige Umsetzung und Durchführung der Rechtsvorschriften der EU von entscheidender Bedeutung ist, damit kleine und mittlere Unternehmen unter vollständiger Wahrung der Transparenz- und Wettbewerbsgrundsätze der EU einfacher und kostengünstiger an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen

können;

Änderungsantrag 4
Entwurf eines Entschließungsantrags
Erwägung E

Entwurf eines Entschließungsantrags

E. in der Erwägung, dass laut **den Daten für** 2016 nur vier Mitgliedstaaten **in allen** wichtigen **Phasen von öffentlichen Vergabeverfahren** digitale **Technologien einsetzen**;

Geänderter Text

E. in der Erwägung, dass **sich** laut **der Mitteilung der Kommission aus dem Jahr 2016 in** nur vier Mitgliedstaaten **alle** wichtigen **Schritte des Verfahrens für die Vergabe öffentlicher Aufträge auf** digitale **Technologie stützten, das heißt, Bekanntmachung, Zugang zu Ausschreibungsunterlagen, Übermittlung der Angebote, Bewertung der Angebote, Vergabe, Bestellung, Rechnungsstellung und Zahlung auf elektronischem Weg**;

Änderungsantrag 5
Entwurf eines Entschließungsantrags
Erwägung F

Entwurf eines Entschließungsantrags

F. in der Erwägung, dass laut **dem thematischen Datenblatt** des Europäischen Semesters **zur öffentlichen Auftragsvergabe** vom November 2017 die Zahl der Ausschreibungen mit nur einem Angebot im Zeitraum 2006–2016 von 14 % auf 29 % gestiegen ist;

Geänderter Text

F. in der Erwägung, dass laut **der im Rahmen** des Europäischen Semesters **erstellten themenbezogenen Kurzdarstellung über die Vergabe öffentlicher Aufträge** vom November 2017 die Zahl der Ausschreibungen mit nur einem Angebot im Zeitraum 2006–2016 von 14 % auf 29 % gestiegen ist **und dass laut der Mitteilung der Kommission lediglich 45 % des Wertes der öffentlichen Aufträge mit einem Wert oberhalb der EU-Schwellenwerte an KMU gehen, was bei Weitem nicht ihrem wirtschaftlichen Gewicht entspricht**;

Änderungsantrag 6
Entwurf eines Entschließungsantrags
Erwägung I a (neu)

Ia. in der Erwägung, dass die Nutzung und Produktion emissionsarmer und -freier Fahrzeuge durch die Vergabe öffentlicher Aufträge nachfrageseitig deutlich angekurbelt und damit zur Verringerung der gesamten verkehrsbedingten Emissionen beigetragen werden kann;

Änderungsantrag 7
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 1

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

1. begrüßt, dass nun – fast vier Jahre nach Abschluss der umfassenden Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge – das von der Kommission vorgeschlagene Paket nichtlegislativer Maßnahmen vorliegt, und **hofft**, dass dadurch Impulse für eine bessere Umsetzung gegeben werden;

1. begrüßt, dass nun – fast vier Jahre nach Abschluss der umfassenden Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge – das von der Kommission vorgeschlagene Paket nichtlegislativer Maßnahmen vorliegt, und **erwartet**, dass dadurch Impulse für eine bessere Umsetzung gegeben werden;

Änderungsantrag 8
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 2

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

2. ist enttäuscht über das Tempo, mit dem viele Mitgliedstaaten die Vergaberichtlinien von 2014 umgesetzt haben, sowie über die zahlreichen Verzögerungen, und bedauert, dass sich die Kommission gezwungen sah, gegen **eine geringe Anzahl von** Mitgliedstaaten ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten;

2. ist enttäuscht über das Tempo, mit dem viele Mitgliedstaaten die Vergaberichtlinien von 2014 umgesetzt haben, sowie über die zahlreichen Verzögerungen, und bedauert, dass sich die Kommission gezwungen sah, gegen **einige** Mitgliedstaaten ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, **und zwar im Hinblick auf die Durchsetzung des Besitzstands in den Bereichen Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, in denen ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis bewirkt**

werden soll;

Änderungsantrag 9
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 2 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

2a. ist besorgt über die Verzögerungen bei der Umsetzung der Richtlinien von 2014 in einigen Mitgliedstaaten, und fordert die Mitgliedstaaten auf, von noch mehr Bürokratie bewirkenden Maßnahmen abzusehen, damit ein fairer Binnenmarkt für die Vergabe öffentlicher Aufträge garantiert ist;

Änderungsantrag 10
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 7

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

7. weist darauf hin, dass die geltenden Rechtsvorschriften der Union mehr denn je die Möglichkeit bieten, die Vergabe öffentlicher Aufträge als *ein* strategisches Instrument zur Förderung politischer Ziele einzusetzen, und legt den Mitgliedstaaten nahe, hiervon möglichst umfassend Gebrauch zu machen;

7. weist darauf hin, dass die geltenden Rechtsvorschriften der Union mehr denn je die Möglichkeit bieten, die Vergabe öffentlicher Aufträge als strategisches Instrument zur Förderung politischer Ziele einzusetzen, und legt den Mitgliedstaaten nahe, hiervon möglichst umfassend Gebrauch zu machen; **weist erneut darauf hin, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge auch auf regionaler und kommunaler Ebene ein wichtiges Instrument zur Umsetzung ökologisch und sozial nachhaltiger regionaler und lokaler Strategien ist;**

Änderungsantrag 11
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 7 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

7a. fordert, umfänglich auf innovative Vergabeverfahren zurückzugreifen, um

ein umweltverträgliches und von sozialer Inklusion geprägtes Wachstum zu bewerkstelligen;

Änderungsantrag 12
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 8

Entwurf eines Entschließungsantrags

8. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Vergabe öffentlicher Aufträge strategisch zu nutzen, um eine nachhaltige und sozial verantwortliche **Kreislaufwirtschaft, Innovationen sowie** Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit von KMU **zu fördern**; betont, dass die diesbezüglichen Strategien von den Mitgliedstaaten auf höchster Ebene bekannt gemacht und die Beschaffungsstellen und Fachleute in der öffentlichen Verwaltung entsprechend unterstützt werden müssen;

Änderungsantrag 13
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 10

Entwurf eines Entschließungsantrags

10. begrüßt, dass viele Mitgliedstaaten Vorkehrungen getroffen haben, **um sicherzustellen, dass** das wirtschaftlich günstigste Angebot den Zuschlag erhält, und befürwortet eine systematische Anwendung dieses Prinzips;

Änderungsantrag 14
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 11

Geänderter Text

8. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Vergabe öffentlicher Aufträge strategisch zu nutzen, um eine **innovative**, nachhaltige, **in Kreisläufe eingebettete** und sozial verantwortliche **Wirtschaft zu fördern, damit** Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit von KMU **begünstigt werden**; betont, dass die diesbezüglichen Strategien von den Mitgliedstaaten auf höchster Ebene bekannt gemacht und die Beschaffungsstellen und Fachleute in der öffentlichen Verwaltung entsprechend unterstützt werden müssen;

Geänderter Text

10. begrüßt, dass viele Mitgliedstaaten Vorkehrungen getroffen haben, **damit** das wirtschaftlich günstigste Angebot den Zuschlag erhält, und befürwortet eine systematische Anwendung dieses Prinzips; **betont, dass in Bezug auf das wirtschaftlich günstigste Angebot Umweltschutzkriterien ein hoher Stellenwert beigemessen werden muss**;

Entwurf eines Entschließungsantrags

11. räumt zwar ein, dass ein niedriger Preis in einigen Fällen für innovative Lösungen und ein effizientes Management spricht, ist jedoch darüber besorgt, dass in einigen Mitgliedstaaten in exzessiver Weise auf das **Zuschlagskriterium** des niedrigsten Preises zurückgegriffen wird, und fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die dieser Situation zugrunde liegenden Gründe zu analysieren;

Geänderter Text

11. räumt zwar ein, dass ein niedriger Preis in einigen Fällen für innovative Lösungen und ein effizientes Management spricht, ist jedoch darüber besorgt, dass in einigen Mitgliedstaaten in exzessiver Weise auf das **Hauptzuschlagskriterium** des niedrigsten Preises zurückgegriffen wird, **ohne anderen Kriterien angemessen Rechnung zu tragen**, und fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die dieser Situation zugrunde liegenden Gründe zu analysieren;

Änderungsantrag 15
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 12 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

12a. hebt hervor, dass öffentliche Auftraggeber beim Rückgriff auf Lebenszykluskosten auch die im Beschaffungspreis nicht enthaltenen Kosten des Ressourcenverbrauchs, der Instandhaltung und der Entsorgung einkalkulieren sollten, da es im Lebenszyklus von Waren, Bauaufträgen und Dienstleistungen beim Energie-, Wasser- und Brennstoffverbrauch, bei der Instandhaltung und Ersetzung sowie bei der Entsorgung ein enormes Einsparpotenzial gibt;

Änderungsantrag 16
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 13

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

13. **weist darauf hin**, dass innovative, sozioökonomische und ökologische Erwägungen **legitime** Vergabekriterien für öffentliche Aufträge sind und dass die öffentlichen Auftraggeber auch

13. **betont**, dass innovative, sozioökonomische und ökologische Erwägungen **wichtige** Vergabekriterien für öffentliche Aufträge sind und dass die öffentlichen Auftraggeber auch

ökologische, innovative oder soziale Ziele verfolgen können, indem sie gut durchdachte Spezifikationen und Variantenangebote zulassen;

ökologische, **nachhaltige**, innovative oder soziale Ziele verfolgen können, indem sie gut durchdachte Spezifikationen und Variantenangebote zulassen; **weist erneut darauf hin, dass auch Qualitätskriterien als Vergabekriterien herangezogen werden können, um beispielsweise vor Ort erzeugte Lebensmittel zu fördern;**

Änderungsantrag 17
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 13 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

13a. hebt hervor, dass Strategien für die Vergabe öffentlicher Aufträge wichtig sind, wenn die Praxis, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel von ortsansässigen Erzeugern zu beziehen, gefördert werden soll, und fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Förderung kurzer Lebensmittelversorgungsketten vorzuschlagen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft im ländlichen Raum zu bewerten;

Änderungsantrag 18
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 13 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

13a. stellt fest, dass umweltverträgliche Verkehrsinfrastrukturprojekte, z. B. die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, finanziert werden müssen und die länderübergreifende Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bedeutsam ist; betont, dass in den Kriterien für die Vergabe von EU-Finanzmitteln auch der Nachweis vorgeschrieben sein muss, wie mit dem vorgeschlagenen Projekt zur Verwirklichung der Klimaschutzziele beigetragen wird;

Änderungsantrag 19
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 13 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

13a. begrüßt den Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie über die Förderung sauberer Fahrzeuge (zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge) und die Aufnahme verbindlicher Ziele für die Vergabe öffentlicher Aufträge für 2025 und 2030, wodurch der Marktanteil emissionsarmer und -freier Fahrzeuge gesteigert und zu den Maßnahmen der Union zur Förderung der emissionsarmen Mobilität beigetragen wird;

Änderungsantrag 20
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 16

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

16. fordert, dass mehr Mitgliedstaaten die Vorteile des zentralen Einkaufs und der Bündelung der *öffentlichen Auftragsvergabe* nutzen, und weist darauf hin, dass zentrale Beschaffungsstellen die Verbreitung von Fachwissen, bewährten Verfahren und Innovationen beschleunigen können;

16. fordert, dass mehr Mitgliedstaaten die Vorteile des zentralen Einkaufs und der Bündelung der *Vergabe öffentlicher Aufträge* nutzen, und weist darauf hin, dass zentrale Beschaffungsstellen die Verbreitung von Fachwissen, bewährten Verfahren und Innovationen beschleunigen *könnten und sollten*;

Änderungsantrag 21
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 19 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

19a. ist besorgt darüber, dass es in Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge infolge staatlicher Einflussnahme auf Wettbewerber aus Drittländern zu unlauterem Wettbewerb kommt, und zwar insbesondere, aber nicht

nur auf dem Markt für Elektrofahrzeuge und Akkumulatoren; ist der Ansicht, dass handelspolitische Schutzmaßnahmen und Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge miteinander verknüpft werden müssen;

Änderungsantrag 22
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 25

Entwurf eines Entschließungsantrags

25. stellt mit Bedauern fest, dass die Wettbewerbsintensität **im öffentlichen Beschaffungswesen** in der Union in den **letzten** Jahren abgenommen hat, und fordert die Mitgliedstaaten, die einen hohen Anteil von Vergabeverfahren mit nur einem Bieter verzeichnen, auf, dieses Problem anzugehen;

Geänderter Text

25. stellt mit Bedauern fest, dass die Wettbewerbsintensität **bei der Vergabe öffentlicher Aufträge** in der Union in den **vergangenen** Jahren abgenommen hat, und fordert **insbesondere** die Mitgliedstaaten, die einen hohen Anteil von Vergabeverfahren mit nur einem Bieter verzeichnen, auf, dieses Problem anzugehen, **indem sie den Zugang zu Ausschreibungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge verbessern;**

Änderungsantrag 23
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 26

Entwurf eines Entschließungsantrags

26. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, häufiger von gemeinsamen – auch **grenzüberschreitenden** – Ausschreibungen Gebrauch zu machen, was durch die überarbeiteten EU-Vorschriften erleichtert wird, und fordert die Kommission auf, **technische** Unterstützung in diesem Bereich zu leisten;

Geänderter Text

26. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, häufiger von gemeinsamen – auch **länderübergreifenden** – Ausschreibungen Gebrauch zu machen, was durch die überarbeiteten EU-Vorschriften erleichtert wird, und fordert die Kommission auf, **eingehende** Unterstützung in diesem Bereich zu leisten;

Änderungsantrag 24
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 27

Entwurf eines Entschließungsantrags

27. bedauert, dass KMU nach wie vor Schwierigkeiten beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben, und fordert die Kommission auf, die Wirksamkeit der in den Richtlinien von 2014 vorgesehenen Maßnahmen zu bewerten und **erforderlichenfalls** neue Lösungen vorzuschlagen;

Geänderter Text

27. bedauert, dass KMU nach wie vor Schwierigkeiten beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben, und fordert die Kommission auf, die Wirksamkeit, **Effizienz und Qualität** der in den Richtlinien von 2014 vorgesehenen Maßnahmen zu bewerten und neue Lösungen vorzuschlagen, **sobald sich dies im Rahmen der Überprüfungsverfahren als notwendig erweist**;

Änderungsantrag 25

**Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 28**

Entwurf eines Entschließungsantrags

28. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Teilnahme von KMU an **Ausschreibungen** zu fördern, beispielsweise durch eine Pflicht zur Aufteilung in Lose;

Geänderter Text

28. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Teilnahme von KMU an **Beschaffungsmärkten – auch auf den Märkten anderer Länder** – zu fördern, beispielsweise durch eine Pflicht zur Aufteilung in Lose, **eine Begrenzung des für die Teilnahme an einem Ausschreibungsverfahren vorgeschriebenen Umsatzes, eine Verringerung der Dokumentationsanforderungen oder die Einbeziehung von KMU in vorherige Marktkonsultationen**; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, **Beratungsdienste und Schulungen für KMU auszuarbeiten, damit sich KMU mit mehr Erfolg an Ausschreibungsverfahren beteiligen können**;

Änderungsantrag 26

**Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 29**

Entwurf eines Entschließungsantrags

29. fordert die Kommission auf, insbesondere die sich aus sprachlichen

Geänderter Text

29. fordert die Kommission auf, insbesondere die sich aus sprachlichen,

Barrieren ergebenden Hindernisse für die **grenzüberschreitende Auftragsvergabe** zu untersuchen und entsprechende Lösungen vorzuschlagen;

rechtlichen und sonstigen Barrieren ergebenden Hindernisse für die **länderübergreifende Vergabe öffentlicher Aufträge** zu untersuchen und entsprechende Lösungen vorzuschlagen **oder tätig zu werden, damit öffentliche Aufträge tatsächlich länderübergreifend vergeben werden;**

Änderungsantrag 27
Entwurf eines Entschließungsantrags
Ziffer 37 a (neu)

Entwurf eines Entschließungsantrags

Geänderter Text

37a. hebt hervor, dass Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge transparent und diskriminierungsfrei sein müssen; betont erneut, dass ordnungsgemäße Rechtsbehelfsverfahren vorhanden und Leitlinien zum Einlegen eines Rechtsbehelfs zugänglich sein müssen;

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	20.3.2018
-------------------	-----------